

|                                                                                               |  |                              |                    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|--|------------------------------|--------------------|
| <b>Anfrage</b><br>öffentlich                                                                  |  | Datum<br>01.07.2021          | Nummer<br>F0196/21 |
| Absender<br>Stadtrat Dr. Thomas Wiebe (SPD-Stadtratsfraktion)<br><b>SPD-Stadtratsfraktion</b> |  |                              |                    |
| Adressat<br>Oberbürgermeister<br>Herrn Dr. Lutz Trümper                                       |  |                              |                    |
| Gremium<br>Stadtrat                                                                           |  | Sitzungstermin<br>15.07.2021 |                    |

|                                                                                                     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Kurztitel<br><b>Eigenanteil für freie Träger der Suchtzentren in der Landeshauptstadt Magdeburg</b> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die aus dem Jahr 2002 stammende Fachförderrichtlinie der Landeshauptstadt Magdeburg (Fachförderrichtlinie des Gesundheits- und Veterinäramtes über Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln zur Förderung gesundheitsbezogener Projekte in der Landeshauptstadt Magdeburg) schreibt unter Ziffer 3.1, vierter Unterstrich, eine Eigenleistung von mindestens 10% für Projekte gesundheitsbezogener Einrichtungen. Einrichtungen der Landeshauptstadt, die als Beratungsstellen für Personen mit Suchterkrankungen erfüllen einen gesellschaftlich notwendigen Auftrag zur Prävention und Hilfe zur Selbsthilfe als Pflichtaufgabe der Kommune. Das Suchtkonzept für die Stadt Magdeburg hat personelle und räumliche Kapazitätserweiterungen vorgesehen, die bereits in 2020 zu einer deutlichen Steigerung der Gesamtkosten zur Betreibung der Suchtzentren führte, somit stieg der finanzielle Eigenanteil der Träger. Tarifierhöhungen und Inflationsentwicklungen führen außerdem dazu, dass dieser weiter stetig steigt.

Zusätzlich lasten auf den Trägern weitere Gemeinkosten für den Betrieb der Beratungsstellen, die nicht refinanziert sind. Beratungen sind berechtigter Weise für Ratsuchende kostenfrei. Die originären Aufgaben der freien Träger der Wohlfahrtspflege im gemeinnützigen Status sind nicht dazu geeignet, Einnahmen (wie z.B. durch Spenden, Bußgelder, Schulungen) in diesen Größenordnungen zu generieren. In der Konsequenz würde die Qualität der kostenfreien Leistungserbringung durch die Suchtberatungszentren leiden.

Die Landeshaushaltsordnung LSA sieht Eigenanteile nicht zwingend vor. Die Fachförderrichtlinie der Landeshauptstadt, die seit 2003 keinerlei zeitgemäße Anpassung erfuhr, schreibt für Magdeburg jedoch genau 10 % Eigenanteil vor, im Vergleich dazu gelten in anderen Kommunen „Soll“ Regelungen und es wird nach dem Zumutbarkeitsprinzip entschieden (z.B. Jerichower Land, Börde, Halle, Saalekreis, Mansfeld-Südharz Eigenanteilen zwischen 3 - 8% an den Gesamtausgaben).

Es wurde berichtet, dass die Verwaltung seit langem auf die Schwierigkeit der Erwirtschaftung von Eigenmitteln i.H. von fast 20.000 € / Suchtberatungszentrum für eine kommunale Pflichtleistung hingewiesen wurde.

Daher frage ich Sie:

1. Sind in den vergangenen zehn Jahren Anpassungen der Beträge in Verbindung mit den steigenden Betriebsgemeinkosten erfolgt?

2. Welche Möglichkeiten kann die Landeshauptstadt Magdeburg anbieten, wenn die Suchtberatungsstellen den festgesetzten Eigenanteil in Höhe von 10% je Projekt nicht vorweisen können?
3. Wann ist mit einer Anpassung bzw. Neufassung der fast 20 Jahre alten Fachförderrichtlinie zu rechnen?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Antwort.

Dr. Thomas Wiebe  
Stadtrat  
SPD-Stadtratsfraktion